

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2020

Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres

Die Kleinstgemeinde Clavaleyres (knapp 50 Einwohner) ist eine Exklave des Kantons Bern. Sie bemüht sich seit längerer Zeit um eine Fusion, da das Funktionieren der Verwaltung langfristig nicht sichergestellt ist.



Nachdem im Kanton Bern keine Fusion möglich wurde, ergab sich die Lösung mit der Gemeinde Murten im Kanton Freiburg. Die beiden Gemeinden und die zwei Kantonsparlamente haben der Fusion

zugestimmt. Der bernische Grosse Rat hat das Konkordat dazu verabschiedet. Kantonswechsel müssen aber auch durch die Bevölkerung des Kantons beschlossen werden. Die Delegierten der EVP Kanton Bern empfehlen einstimmig, diesem Kantonswechsel

zuzustimmen. Nach dem Ja der Stimmberechtigten braucht es noch den Beschluss der Bundesversammlung, dann können der Kantonswechsel und die Fusion der beiden Gemeinden vollzogen werden.

Marc Jost, Grossrat, Thun

AZB 3001 Bern
DIE POST

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 9. FEBRUAR 2020

Ja zum Transitplatz in Wileroltigen

Der Kanton will an der Autobahn in Wileroltigen einen Transitplatz für ausländische Fahrende erstellen. Gegen die Kreditvorlage wurde das Referendum ergriffen, weshalb nun die Stimmberechtigten das letzte Wort haben.

Für eine Annahme der Vorlage sprechen mindestens vier gute Gründe:

- Erstens hat sich die Schweiz mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten im Jahr 1998 verpflichtet, die Bedingungen für Angehörige nationaler Minderheiten zur Pflege und Weiterentwicklung ihrer Kultur zu fördern. 2003 bestätigte das Bundesgericht, dass für Fahrende entsprechen-

de Lebensräume zur Verfügung gestellt werden sollen. Nach wie vor gibt es aber zu wenig Plätze für die Fahrenden.

- Zweitens erfüllt der Platz in Wileroltigen die Anforderungen bezüglich Lage und Grösse in idealer Weise. Er ist nur über die Autobahn erschlossen und soll einen einfachen Standard haben. Die Kosten für die geplanten 36 Stellplätze sind mit 3,3 Mio. Franken deutlich geringer als beim ursprünglich in Meisberg geplanten Projekt, das über 9 Mio. Franken gekostet hätte.

- Drittens hat die Polizei mit dem Instrument eines Transitplatzes deutlich bessere Interventionsmöglichkeiten bei unerlaubten Aufenthalten auf privaten Grundstücken. Wegweisungen können gemäss Polizeigesetz nur dann vorgenommen werden, wenn

ein alternativer Standort angeboten werden kann.

- Viertens liegt ein Transitplatz auch aus pragmatischen Gründen auf der Hand: Bestehen genügend offizielle Plätze, kommt es zu weniger illegalen Landnahmen und den damit verbundenen Problemen. Gerade das Seeland war in den letzten Jahren in dieser Hinsicht übermässig belastet.

Markus Wenger, Grossrat, Spiez

Parolen 9. Februar 2020

	Wohnungsinitiative	NEIN
	Änderung Strafgesetz	NEIN
	Kantonswechsel Clavaleyres	JA
	Transitplatz Wileroltigen	JA

Infos: www.evp-be.ch und
www.evppcv.ch/abstimmungen

Support für EVP-Vorstoss

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, ein Postulat der Berner EVP-Nationalrätin Marianne Streiff für neue Pflegemodelle anzunehmen. Der Vorstoss «Vorsorgelücken schliessen. Es ist Zeit für neue Pflegemodelle» regt an, neue Pflegemodelle und deren Finanzierung zu prüfen, insbesondere die sogenannte «Advanced Practice Nurses». Diese speziell ausgebildeten Pflegekräfte mit Masterabschluss könnten z.B. in der Versorgung von Chronischkranken sowie der Langzeit- und Palliativpflege Fach- und Hausärzte entlasten. Pilotprojekte in verschiedenen Kantonen belegten eine bessere Versorgungsqualität.

Die drei Nationalratsmitglieder der EVP unterstützten in der Wintersession des Nationalrats auch die Pflegeinitiative sowie den Gegenvorschlag der Gesundheitskommission dazu, den sie als gangbaren Kompromiss erachten. Er hat wie die Initiative eine gute und ausreichende Ausbildung von Fachkräften und eine Stärkung des Berufsfeldes zum Ziel. *EVP CH*

Es guets Nöis

Den Jahreswechsel begleiten wir mit dem Gruss «es guets Nöis». Ich wünsche Ihnen, dass



Anna Fink

das neue Jahr viel Gutes für Sie bereithält. Weiter wünsche ich mir, dass es für viele Menschen, Jüngere und Ältere, Schweizerinnen und

Ausländer, sozial Schwache und Starke, ein gutes Jahr werden kann. Können wir als politisch Aktive dazu beitragen? Die Berner/innen sagten im Mai 2019 nein zu Kürzungen in der Sozialhilfe. Das war mein politisches Highlight! Für mich war es ein Nein zum Sparen auf Kosten der Ärmsten und ein Ja zur Nächstenliebe. Es war auch ein Bekenntnis zur Sozialhilfe und eine Wertschätzung der Arbeit, die in den Sozialen Diensten geleistet wird. Umso bedauerlicher der Beschluss des Grossen Rates, den Gemeinden einen Selbstbehalt auf den Sozialhilfekosten zu erheben. Auf Gemeindeebene bestehen dabei kaum Steuerungsmöglichkeiten, es handelt sich grösstenteils um gebundene Ausgaben. Spielraum besteht in der Prävention. So hoffe ich, dass dieser Beschluss nicht zu Lasten dieses Bereichs geht, ist es doch explizit dieser, der verhindern kann, dass Sozialhilfe beansprucht werden muss. Die EVP hat sich in den Grossratsdebatten stark gemacht für die Schwächeren in unserer Gesellschaft – herzlichen Dank dafür!

Als politisch Engagierte können wir einen Beitrag leisten, dass 2020 für viele ein gutes Jahr wird. Ebenso kann jede/r von uns als Privatperson dazu beitragen. Ein starkes Netz der öffentlichen Hand ist wichtig. Es braucht aber auch ein privates Netz, das trägt. Wir alle können Teil dieses Netzes sein und Mitmenschen in Herausforderungen zur Seite stehen. Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes 2020!

Anna Fink, Gemeinderätin im Ressort Soziales, Spiez

Konstante EVP-Sektionen

Die letzten Gemeindewahlen 2019 sind für die EVP mehrheitlich erfreulich ausgefallen. In Lotzwil durfte mit dem zweiten EVP-Sitz im Gemeinderat gar eine kleine Sensation gefeiert werden.

In Uetendorf und Zäziwil verteidigte die EVP ihre Mandate in der Exekutive auf überzeugende und erfreuliche Art und Weise. Ebenso den Sitz in der Bildungskommission in Biglen. In Heimberg kam die EVP infolge Rücktritt eines Bisherigen zu einem Sitz. In Aegerten, Biglen, Lengnau

und Wichtrach verpasste die EVP weitere Mandate zum Teil äussert knapp. Für einen Sitz im Gemeinderat Biglen fehlten der EVP lediglich 1,5 (!) Wählende. Äussert erfreulich ist der Gewinn eines zweiten Gemeinderatsitzes in Lotzwil. Zusätzlich zu Margrit Hofer wird sich neu

Samuel Gerber in der Exekutive engagieren. Die EVP Kanton Bern dankt allen Kandidierenden sowie den Ortsparteien herzlich für ihren äussert wertvollen Einsatz. Allen Gewählten gratulieren wir zur Wahl und wünschen ihnen alles Gute und viel Segen für ihr wichtiges Engagement.

Lukas Zimmermann
Projektleiter Gemeindewahlen

BIGLEN	HEIMBERG	LOTZWIL	UETENDORF	ZÄZIWIL
Angelika Gerber Bildungskommission (bisher)	Herbert Geiser Gemeinderat (neu)	Samuel Gerber Gemeinderat (neu)	Margrit Hofer Gemeinderat (bisher)	Daniel Würsten Gemeinderat (bisher)
				Christoph Iseli Gemeinderat (bisher)

Sitze und Wählendenanteile der EVP

Aegerten: Gemeinderat: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
Bätterkinden: Gemeinderat: 0 (+/-0) / 4,9% (-2,9%)
Biglen: Gemeinderat: 0 (+/-0) / 11,7% (+11,7%) Bildungskommission: 1 (+/-0) / 22,7% (-2,2%)
Bremgarten: Gemeinderat: 0 (+/-0) / 1,8% (-0,1%)
Heimberg: Gemeinderat: 1 (+1) / Sitzgewinn nach Rücktritt eines Bisherigen
Lengnau: Gemeinderat: 0 (+/-0) / 9,3% (+2,3%)
Lotzwil: Gemeinderat: 2 (+1) / 26,5% (+5,6%)
Pieterlen: Bildungskommission: 0 (+/-0) / nicht bekannt
Uetendorf: Gemeinderat: 0 (+/-0) / 11,7% (+0,1%)
Utzenstorf: Gemeinderat: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
Wichtrach: Gemeinderat: 0 (+/-0) / überparteiliche Liste
Zäziwil: Gemeinderat: 1 (+/-0) / 22,5% (2015 stille Wahlen)



An der EVP schätze ich ...

... dass sie in ihren Entscheidungen auf Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen achtet sowie die Natur wertschätzt und schützt. Diese Achtsamkeit kleinen und grossen Angelegenheiten gegenüber wird in unserer Zeit leider oft vernachlässigt.

Susanne Grimm, Gemeinderätin, Belp

AGENDA

Fokustag «Ehe für alle» 1. Februar 2020 in Bern
Volksabstimmung 9. Februar 2020
Frühlingssession des Grossen Rates 2.–12. März 2020
Ordentliche DV EVP Schweiz 14. März 2020
Ordentliche DV EVP Kanton Bern 21. März 2020
Kadertag EVP Schweiz 2. Mai 2020
KMU-Forum EVP Schweiz 8. Mai 2020
Volksabstimmung 17. Mai 2020
Frauentagung EVP Schweiz 6. Juni 2020 in Aarau
Sommersession des Grossen Rates 2.–11. Juni 2020

Ruedi Josuran:

«Lepra ist heilbar. Helfen Sie jetzt!»

lepramission.ch

Pro und kontra erweiterte Rassismus-Strafnorm

Die EVP Kanton Bern lehnt die Erweiterung der Anti-Rassismus-Strafnorm auf Homo- und Bisexuelle mehrheitlich ab, die EVP Schweiz beschloss Stimmfreigabe. Zwei politisch aktive EVP-Mitglieder erläutern nachfolgend ihre unterschiedliche Haltung.

Hass ist keine freie Meinungsäusserung



Beatrice Kuster

Die erweiterte Anti-Rassismus-Strafnorm soll Homo- und Bisexuelle vor Hass und Diskriminierung schützen. Nach wie vor sind Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung Hass, Hetze und Diskriminierung ausgesetzt. Dies sind Verstösse gegen die Menschenrechte der Betroffenen und nicht Ausdruck der Meinungsäusserungsfreiheit. Die Meinungsfreiheit endet dort, wo die Menschenwürde anderer verletzt wird.

Die bestehende Bestimmung des Strafgesetzbuches zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung soll darum um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung erweitert werden. Wer als Individuum verbal angegriffen wird, kann sich bereits heute strafrechtlich wehren. Wenn jedoch öffentlich zu Hass oder Diskriminierung von Lesben, Schwulen oder Bisexuellen als Gruppe aufgerufen wird, gibt es heute keinen strafrechtlichen Schutz. Auch können z.B. Vereinigungen zum Schutz der Rechte homosexueller Personen nicht wegen Ehrverletzung klagen.

Bestraft würde mit der erweiterten Strafnorm auch, wer jemandem aufgrund der sexuellen Orientierung eine Leistung verweigert, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, so etwa im Fall des Männerpaares in Lenzburg, dessen Kinder nicht in eine Kita aufgenommen wurden.

Beatrice Kuster, Gemeinderätin, Burgdorf

Erweiterung der Rassismus-Strafnorm ist unnötig

Das Strafgesetzbuch stellt heute jede Form von Rassendiskriminierung (inkl. Ethnie und Religion) unter Strafe. In Zukunft soll auch bestraft werden, wer öffentlich zu Hass oder Diskriminierung gegen Personen wegen ihrer sexuellen Orientierung aufruft. Was kann gegen diese Erweiterung eingewendet werden? Die Frage kann nicht auf die Verurteilung von Hass reduziert werden. Die bestehende Strafnorm schützt bereits heute jede Person in dieser Hinsicht. Die Erweiterung, welche auch Diskriminierung und das Vorenthalten von Leistungen betrifft, bringt vor allem auch Rechtsunsicherheiten. Niemand kann heute abschätzen, inwieweit wissenschaftlich und weltanschaulich begründete Kritik an sexuellen Orientierungen zu strafrechtlichen Konsequenzen führen würde. Es kann auch beim Vorenthalten von Leistungen zu Strafen kommen, wenn beispielsweise ein Partnerportal nur heterosexuelle Paare vermitteln möchte.

Die Delegierten der EVP Kanton Bern lehnten die Vorlage deshalb mit einer Zweidrittelmehrheit ab. Sie befanden, das geltende Recht biete bereits ausreichenden Schutz gegenüber Personen jeglicher sexuellen Orientierung.

Marc Jost, Grossrat, Thun



Marc Jost

Wohnbauförderung besser lokal

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will mehrere Forderungen in die Verfassung schreiben, um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern, z. B. eine schweizweite 10%-Quote bei Neubauten.



Bettina Jans-Troxler

Vermehrter gemeinnütziger Wohnungsbau, bei dem keine Rendite aus Wohnliegenschaften abgezogen werden darf, könnte ein Beitrag dazu sein, dass sich die Schere zwischen Reich und Arm nicht immer stärker öffnet, und könnte das Ansteigen der Mieten vermutlich verlangsamen. Es wird allerdings angenommen, dass die Umsetzung der Initia-

tive, wie sie vorliegt, einen aufwändigen Verwaltungsapparat und hohe Kosten zur Folge hätte. Das Parlament hat deshalb als indirekten Gegenvorschlag eine Aufstockung des Fonds de Roulement um 250 Millionen Franken beschlossen für den Fall, dass die Initiative abgelehnt wird. Dieser Fonds vergibt bei Bedarf verzinsliche und rückzahlbare Darlehen für preisgünstige gemeinnützige Neubau- und Erneuerungsvorhaben und fördert jährlich 1500 Wohnungen.

Die Delegierten der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern haben darum die Nein-Parole zu Gunsten dieses Gegenvorschlags beschlossen. Die junge EVP stimmt der Initiative zu.

Aus meiner Sicht wären lokale Lösungen gerade in grösseren Gemeinden sinnvoller, da auf diesem Weg effizienter und vermutlich auch schneller höhere Quoten von gemeinnützigem Wohnungsbau eingeführt werden könnten. Dies zeigt das Beispiel der Stadt Bern, wo heute bei allen Wohnbauprojekten mindestens 30% als gemeinnützig, also zu Kostenmiete, erstellt werden müssen.

Bettina Jans, Stadträtin, Bern

IMPRESSUM

Geschäftsstelle:

EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse:

Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bev@evp-be.ch

Inserate:

Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski
Tel. 031 818 01 46
urs.scharnowski@jordibelp.ch
Mediendaten:
www.evp-be.ch > Parteizeitung

Adressänderungen: Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via www.evpev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:

Mitglieder: Fr. 5.-;
Freunde/Gönner:
Fr. 3.-
Postkonto
30-20312-1 (EVP)

Druckerei:

W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:

Atelier Passage, Müllerstrasse 3,
2562 Port, www.atelierpassage.ch,
info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55



Nimmermüde Grossratsfraktion

Die EVP-Fraktion engagierte sich in der Wintersession des Grossen Rates für Mensch und Umwelt im Kanton Bern.

Schadstoffe im Trinkwasser im Seeland hatten die Bevölkerung aufgeschreckt. EVP-Fraktionspräsidentin **Christine Schnegg** reichte darum zusammen mit Grossratsmitgliedern anderer Parteien eine Motion ein. Diese wurde klar angenommen.

Hans Kipfer vertrat die EVP-Position zum Steuergesetz. Er zeigte sich unzufrieden mit dem Ergebnis der Gesetzesrevision, die überzogene Steuererleichterungen für Firmen und Einnahmeausfälle für den Kanton bringt. **Christine Grogg** verlangte eine Gehaltsklassenerhöhung für Primarlehrpersonen. Der Grosse

Rat nahm ihre Motion einstimmig an und schrieb sie gleich ab, weil die Lohnerhöhungen im nächsten Budget eingeplant sind.

Dank intensiver interfraktioneller Zusammenarbeit gelang es gesetzlich festzuschreiben, dass Asylsuchende trotz negativem Entscheid ihre Lehre wenn immer möglich beenden können.

Barbara Streit-Stettler begleitete den Prozess als Minderheitsprecherin der Sicherheitskommission.

Markus Wenger setzte sich für eine einheitliche Bewilligungspraxis von 5G-Antennen auf Gemeindeebene ein. Das entsprechende Postulat wurde mit 68 zu 67 Stimmen angenommen.

Marc Jost begrüßte die Strategie Digitale Verwaltung, die es langfristig ermöglicht, alle

Geschäfte mit der Kantonsverwaltung elektronisch abzuwickeln. Er erinnerte daran, dass die Strategie auf einen EVP-Vorstoss von 2016 zurückgehe.

Martin Aeschlimann wies darauf hin, dass es für den Rat nicht einfach sei, ein komplexes Grossprojekt wie den geplanten Ausbau der medizinischen Fakultät im Inselareal für 340 Mio. Franken zu beurteilen. Er verlangte von der Regierung eine Matrix, die die Vergleichbarkeit erleichtert.

Melanie Beutler-Hohenberger verlangte mit der Mehrheit des Grossen Rates eine Auslegeordnung zur Berner Spitallandschaft. Spitäler funktionierten nicht nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien. Deshalb brauche es mehr Steuerungsinstrumente und Koordination der Spitalangebote.

Ruedi Löffel

wehrte sich vergeblich gegen die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten. Eine Stunde mehr am Samstag und vier statt zwei Sonntagsverkäufe pro Jahr entsprächen einem Kundenbedürfnis, argumentierten die Befürworter und setzten sich durch.

Eine Motion mit dem irreführenden Titel «Mehr Freiheit im Gastgewerbe» rief **Tom Gerber** auf den Plan. Alle Gastgewerbebetriebe, auch die Besen-Wirtschaften, müssten die gleichen Auflagen erfüllen. Sonst würden neue Ungerechtigkeiten geschaffen, argumentierte er mit Erfolg.



Barbara Streit

Barbara Streit-Stettler
Grossrätin, Bern

EVP KANTON BERN

Neues aus den Sektionen

Wechsel in Gemeindeparlamenten

In drei Gemeinden ersetzten neue Parlamentsmitglieder die zurückgetretenen EVP-Vertreter. Im Grossen Gemeinderat (GGR)



Hans Kipfer

von Münsingen rückte Hans Kipfer für Peter Gugger nach. Im GGR von Langnau folgt Doris Baumann auf

den zurückgetretenen Martin Kohler. Im Stadtrat von Bern ersetzte Therese Streit-Ramseier (vgl. nächste Seite) Matthias Stürmer.

Gerichtspräsidentin pensioniert

Gerichtspräsidentin Christine Schaer (EVP) aus Bern ging Ende 2019 in Pension. Die Tochter der früheren EVP-Stadträtin

und -Grossrätin Maria Schaer war im früheren Gerichtskreis Bern-Laupen Untersuchungsrichterin und Gerichtspräsidentin. Ab 2011 stand sie dem Regionalgericht Bern-Mittelland vor. Seit vielen Jahren ist die Juristin aktiv im Vorstand der EVP Stadt Bern.



Christine Schaer

Polit-Talk mit Samuel Schmid

Rund 50 Personen besuchten den Polit-Brunch der drei EVP-Ortsparteien Biel, Nidau und Aegerten-Brügg. Im Polit-Talk schilderte Alt-Bundesrat Samuel Schmid auf die Fragen des Bieler EVP-Stadtrats Thomas Brunner seine Haltung zu Werten wie Ehrlichkeit, Offenheit und Geradlinigkeit. Er erklärte, dass für ihn die biblischen Grundwerte von

grosser Wichtigkeit seien und dass diese in der Politik vertreten werden müssten. Silvia Steidle gratulierte der EVP Biel namens des Gemeinderats zum 100-jährigen Bestehen.

EVP Münsingen nimmt Stellung

In ihrer Mitwirkungseingabe zur Ortsplanungsrevision «Münsingen 2030» setzt sich die EVP Münsingen für die Wohnqualität ein, namentlich für den Erhalt der vorhandenen Grünflächen in den Quartieren. Das Dokument ist auf www.evp-muensingen.ch zu finden.

100-Jahr-Feier in Steffisburg

Die EVP Steffisburg feierte im November im Beisein von Vertretern der Gemeindebehörden und weiteren Gästen ihr 100-jähriges Bestehen. Alt Nationalrat Heiner Studer würdigte die Geschichte der EVP und ihre Funktion als Brückenbauerin. Das fröhlich-besinnliche Fest wurde von Harfen- und Saxofonklängen umrahmt und endete mit einem Apéro riche.

Politforum in Thun

Das 13. Thuner Politforum der drei christlichen Parteien befasste sich mit der Frage «Erfordert der Klimawandel Wachstums Grenzen?» Die Ökonomin Irmi Seidl legte das Konzept einer Postwachstumsgesellschaft dar, für die es u. a. angezeigt sei, die Arbeit weniger, den Verbrauch von Energie und Umweltsourcen aber stärker zu besteuern.

Betreuungsgutscheine in Spiez

Der Grosse Gemeinderat von Spiez hiess das Reglement zur Einführung von Betreuungsgutscheinen in

enger Kopplung ans Arbeitspensum der Eltern einstimmig gut. Die EVP-Gemeinderätin und Sozialvorsteherin Anna Fink freute sich darüber und engagiert sich für eine rasche Umsetzung.



Anna Fink

Hanna Beck, Gümligen

Hanna Beck ist Bauleiterin, Mutter zweier Kleinkinder und für die EVP im Grossen Gemeinderat (GGR) Muri-Gümligen. Sie stellt sich im Herbst zur Wiederwahl.

Ein Motto von dir ist: «... wertschätzend mit unseren Ressourcen umzugehen». Was heisst dies für dich?

Mir ist es wichtig, dass wir die Natur «wertschätzen». Dass wir Lebensraum nicht komplett zu asphaltieren, möglichst viel Grünfläche erhalten und so die Biodiversität fördern. Verdichtet Bauen ist hier ein guter Ansatz. Zum Schonen der Umwelt gehört für mich ebenso, dass wir keine weiten Arbeitswege haben.

Persönlich versuche ich so gut wie möglich «umweltbewusst» zu leben, indem wir als Familie z. B. eine kleine Wohnung bewohnen und viel mit dem Velo und ÖV unterwegs sind. Ein Lebensziel von mir ist auch, keine Flugkilo-

meter mehr zu sammeln. Ich lebe «Zeit» auch ganz bewusst als Ressource. Ich baue mir Zeiten ein, in denen ich das Handy und den PC ausschalte und im Wald zur Ruhe komme – am liebsten mit meiner Familie.

Du kandidierst im Herbst wieder für den GGR. Hast du für die Wahlen Massnahmen geplant?

Ich werde vermutlich mit Anaël Jambers, einer Mitkandidierenden, zwei bis drei Anlässe organisieren, wo wir uns den Wählenden vorstellen und mit ihnen ins Gespräch kommen möchten.

Für welche Themen setzt du dich politisch gerne ein?

Das sind Bauthemen generell. Dabei ist mir ein gesunder

Umgang mit Ressourcen sehr wichtig. Das heisst, dass wir nicht alle Grünflächen überbauen sollen und schon bei der Planung eine langfristig positive Ökobilanz anstreben. Aber auch für junge Menschen möchte ich mich einsetzen, z. B. im Bau von Spielplätzen und anderen Freizeitanlagen.

Hilft dir dein beruflicher Hintergrund bei der Beschäftigung mit politischen Themen?

Ja, speziell, wenn es um Zonenpläne, Kostenvoranschläge für Bauten, strategische Raumplanungen usw. geht.

Welcher Entscheid hat dich in der laufenden Amtszeit besonders gefreut?

Der Entscheid, Asylwohnungen in Gümligen zu sanieren, wurde im September 2019 als Postulat überwiesen. Es freut mich, weil diese vorher Energieschleudern waren und durch die Sanierung umweltschonender werden, und natürlich, weil die Bewohner bessere Wohnverhältnisse haben werden.



Wie erlebst Du die Zusammenarbeit mit Politikern aus anderen Parteien?

Wir haben im Grossen Gemeinderat einen sehr guten Zusammenhalt. Es ist tatsächlich ein Miteinander. Insbesondere schätze ich in Gümligen das «Forum» – die zweitstärkste Partei, bei der alle zur Mitarbeit willkommen sind, die sich für eine nachhaltige Politik einsetzen wollen.

Interview: Susanne Gutbrod

UNTERNEHMENDE IN DER EVP

Therese Streit, Bern

Therese Streit-Ramseier ist Individualpsychologische Beraterin mit eigener Praxis. Die Mutter von zwei erwachsenen Kindern ist zudem in der Gemeindeleitung der Evangelisch-Methodistischen Kirche (EMK) und seit dem letzten November im Berner Stadtparlament aktiv.

Man stösst auf deiner Homepage theresestreit.ch auf den Begriff «Schwangerschaftskonflikt». Was ist das und welche Hilfe bietest du dabei an?

Ich habe mich durch meine achtjährige Tätigkeit beim Schweizerischen Weissen Kreuz in meiner Praxis auch auf Themen rund um die Schwangerschaft spezialisiert – z. B. Beratung und Begleitung von Paaren, die ein Kind vor oder nach der Geburt verloren, eine traumatische Geburt erlebt haben oder die Diagnose haben, dass das Kind krank oder geistig/körperlich beeinträchtigt sein könnte. Ich unterstütze auch Schwangere oder Paare, die vor der Entscheidung eines Schwangerschaftsabbruches stehen oder einen früheren aufarbeiten wollen. Ausserdem biete ich mich als Begleiterin in schweren Lebenssituationen an.



gerschaftsabbruches stehen oder einen früheren aufarbeiten wollen. Ausserdem biete ich mich als Begleiterin in schweren Lebenssituationen an.

Wo sind Deine Grenzen beim Unterstützen und Helfen?

Manchmal ist ärztliche Unterstützung ergänzend wichtig, z. B. wenn eine psychische Erkrankung vorliegt oder Medikamente benötigt werden. Auch braucht es gegenseitiges Vertrauen und die Bereitschaft, sich proaktiv mit dem Erlebten auseinanderzusetzen, um im neuen Lebensabschnitt wachsen zu können.

Personen kommen zu dir, weil sie psychosoziale Hilfe brauchen. Was kann eine persönliche Entwicklung in der Beratung behindern? Könnte die Politik hier Unterstützung bieten?

Äussere Umstände haben einen grossen Einfluss darauf, wie gut oder schlecht Verlufterfahrungen bewältigt werden können – z. B.: Druck am Arbeitsplatz, finanzielle Not, instabile Familien- oder Freundesbeziehungen oder gesundheitliche Beeinträchtigung. Mehr niederschwellige soziale Entlastungsangebote wären eine Hilfe, mit einer guten Vernetzung zu spezifischen Fachstellen. Wenn

Menschen nicht nur sozial «verwaltet», sondern auch in ihren seelischen Bedürfnissen wahr- und ernst genommen werden, setzt dies Kräfte frei für eine positiv veränderte Zukunftsgestaltung. Eine sinnvolle Ergänzung von staatlichen und kirchlichen Angeboten ist darum wichtig.

Was fordert dich als Mitglied der Gemeindeleitung der EMK Bern heraus?

Das Miteinander ist nicht immer einfach, weil Menschen mit unterschiedlichen Standpunkten und Gotteserfahrungen die Gemeinde beleben. Das ist gut so. Im Zentrum steht für uns alle unsere persönliche Beziehung zu Christus, der uns als Einzelne (wieder) miteinander verbindet und uns Orientierung und Stärke gibt. Wir respektieren uns gegenseitig in unserer Vielfalt und Unterschiedlichkeit. Gleichzeitig suchen wir die Beziehung zu Menschen ausserhalb der Kirche, z. B. in sozialdiakonischen Aufgaben.

Interview: Susanne Gutbrod

Das geknickte Rohr

Die Weihnachtszeit erinnerte uns ans Kommen von Jesus Christus. Lange vor seiner Geburt wurde er im Jesaja-Brief bildhaft wie folgt angekündigt: Er wird das «geknickte Rohr» nicht zerbrechen und den «glimmenden Docht» nicht auslöschen (Jesaja 42,3).

Ist dies nur eine bildhafte, symbolische Beschreibung – oder wurde hier nicht mehr eine Tätigkeit ausgedrückt: «So wird Jesus nie handeln!»? Niemals wird er das gebrochene Rohr endgültig wegwerfen. Oder den glimmenden Docht für immer auslöschen.

Wenn wir heute rückblickend aufs Leben von Jesus schauen, so müssen wir sagen: Nein – niemals hat er so gehandelt. Es war eine Ankündigung seiner Tätigkeit. Schilfrohre wurden u. a. dazu benutzt, um Flechtwerk herzu-

stellen. Ein geknicktes Rohr konnte nicht mehr benutzt werden. Es war Abfall. Ein Öllampe ohne Öl gab kein Licht mehr. Vielleicht müssen wir beim geknickten Rohr an Menschen denken, die Lasten tragen. An sozial Entwurzelte, politisch Gescheiterte. Und vielleicht geht es beim glimmenden Docht um Menschen, die innerlich am Ende sind, vor zerbrochenen Beziehungen oder dem Trümmerhaufen ihrer Existenz stehen. Sicher ist: Wir als Christen haben einen Auftrag an ihnen!

Jesus betrachtete Menschen nicht nach dem aktuellen, sichtbaren Wert. Sondern er begeg-

nete allen (auch den scheinbar Erfolgreichen) in Fürsorge. Wenn wir auf der Grundlage christlicher Werte sach- und lösungsorientierte Politik machen, dann sind wir der Ansprechpartner Nummer 1 für das Zerbrochene. Denn das Evangelium ist klar: Wenn sich Jesus um das Geknickte und Glimmende gekümmert hat – dann ist es auch unsere Aufgabe. Und ganz nebenbei: Ein Gott, der geknickten Menschen in einer solch hilfsbereiten Art begegnet, der wird auch uns persönlich durchtragen.

Adi Furrer, Pastor und Geschäftsführer Mideast Tours GmbH

AKTIVE JUNGPOLITIKER/INNEN

*jevp im Wahlkampf

In den Monaten August bis Oktober standen die Aktivitäten der *jevp Kanton Bern im Zeichen der National- und Ständeratswahlen.

Am 19. August trafen sich die jungen Nationalratskandidatinnen und -kandidaten der EVP in Oberdiessbach zu einem Nachtessen. Sinn und Zweck davon waren, sich kennenzulernen, um sich so besser zu vernetzen. Der Vorstand der *jevp BE bedankt sich auf diesem Weg nochmals bei Jasmine Hari für die Gastfreundschaft und für das feine Essen. Die Zusammenarbeit im Wahlkampf gestaltete sich so viel einfacher.

Unter anderem machten wir im Kanton Bern an der von der *jevp Schweiz koordinierten «Güggel-Aktion» mit. Sie bestand darin, am Sonntag, 24. September 2019 vor sämtlichen Kirchen, jeweils vor Gottesdienstbeginn

und ohne Vorankündigung, einen Güggel der *jevp aufzustellen. Ziel der Aktion war es, möglichst viele Gottesdienstbesuchende für die bevorstehenden Wahlen zu motivieren.

Mitglieder der *jevp BE nahmen zudem an verschiedenen Podiumsdiskussionen teil – zum Beispiel am «Kater-Brunch» im Gaskessel. Dort hatte die EVP-Jungpartei zusätzlich die Gelegenheit, sich mit einem Stand zu präsentieren. Zu guter Letzt nahm am 19. Oktober eine Gruppe der *jevp Kanton Bern am «Walk for Freedom» teil.



Jonas Meinen

*Jonas Meinen
Regionalkoordinator
jevp Kanton Bern

AUS DEM NATIONALRAT

Neustart zu Dritt

Voller Dankbarkeit und Freude sind wir nun zu Dritt in die neue Legislatur gestartet. Als Teil der «Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP» haben wir nicht nur unsere Anzahl, sondern auch unsere Sichtbarkeit verbessert.

Wir bekamen auch spannende Kommissionssitze. So ist Nik Gugger in der Aussenpolitischen Kommission (APK, wie bisher) und im Europarat (neu), Lilian Studer in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und ich in der Staatspolitischen Kommission (SPK) und in der Geschäftsprüfungskommission (beide wie bisher).

Die erste Session war geprägt von Vereidigung, Bundesratswahlen, Voranschlag, Kampfflugzeugbeschaffung, Pflegeinitiative und vielem mehr.

Ich engagierte mich aktiv für die Pflegeinitiative. Sie unterlag im Rat dem entsprechenden Gegen-



vorschlag, den wir aber auch unterstützten. Wir wollen alles daran setzen, um den Pflegefachleuten, der Qualität der Pflege und der beschlossenen Ausbildungsanfänge optimale Rahmenbedingungen zu bieten.

Bei einem anderen Geschäft, in dem die Abschaffung der Überbrückungshilfe für bedürftige Parlamentsmitglieder gefordert wurde, konnte ich mit einem Minderheitsantrag aus der Kommission im Rat einen sinnvollen Kompromiss erreichen. Weitere Geschäfte sind im Sessionsbericht auf www.marianne-streiff.ch beschrieben. Ich wünsche Euch allen ein gesegnetes 2020!

Marianne Streiff, Nationalrätin

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

Huwa

seit 1911

www.huwa.ch



FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch



**SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN**
Sie können
helfen!
www.mercyships.ch

☒ VOTATIONS NATIONALES DU 9 FEVRIER 2020

Pour et contre l'extension de la norme pénale antiraciste

La majorité du PEV du Canton de Berne rejette l'extension de la norme pénale antiraciste aux homosexuels et bisexuels. Le PEV Suisse avait décidé de laisser la liberté de vote. Deux personnalités du PEV présentent ci-dessous leur point de vue.

La haine n'est pas une libre expression des opinions

La norme pénale antiraciste doit protéger les homosexuels et les bisexuels face à la haine et à la discrimination. Encore et toujours, ils sont exposés à la haine et à la discrimination. Il s'agit de violations des droits de l'homme des personnes concernées et non pas de l'expression de la liberté d'opinion. La liberté d'opinion se termine là où la dignité humaine d'autrui est violée.

La disposition actuelle du Code pénal relative à la lutte contre la discrimination raciale doit par conséquent être étendue à la discrimination relative à l'orientation sexuelle. Quiconque est agressé verbalement peut aujourd'hui déjà se défendre en vertu du droit pénal. Toutefois, il n'existe

aucune incitation pénale lorsqu'il est incité publiquement à la haine ou à la discrimination envers les lesbiennes, gays ou bisexuels, en tant que groupe. Les associations pour la protection des droits des personnes homosexuelles ne peuvent pas porter plainte non plus pour atteinte à l'honneur, par exemple.

L'extension de la norme pénale punirait également ceux qui refusent un service destiné au grand public à une personne en raison de son orientation sexuelle, citons par exemple le cas de ce couple d'hommes à Lenzburg dont les enfants n'ont pas été acceptés dans une crèche.

*Beatrice Kuster
Conseillère communale, Berthoud*

Extension inutile de la norme pénale antiraciste

Aujourd'hui, le Code pénal punit toutes les formes de discrimination raciale (y compris l'ethnicité et la religion). À l'avenir, toute personne qui appelle publiquement à la haine ou à la discrimination en raison de l'orientation sexuelle sera également punie. Que peut-on objecter à cet élargissement? La question ne peut se réduire à la condamnation de la haine. La disposition pénale existante protège déjà tout le monde à cet égard. L'extension, qui concerne également la discrimination et la rétention de prestations, entraîne également une insécurité juridique. Personne ne peut évaluer aujourd'hui dans quelle mesure une critique de l'orientation

sexuelle argumentée de manière scientifique et idéologique entraînerait des conséquences pénales. Des peines peuvent également être imposées en cas de rétention de prestations, lorsque par exemple, un site de rencontre ne souhaite favoriser que la rencontre de couples hétérosexuels.

Les délégués du PEV du Canton de Berne ont donc rejeté la proposition à la majorité des deux tiers. Ils ont estimé que la loi applicable offrait déjà aux personnes de toute orientation sexuelle une protection suffisante.

*Marc Jost
Député au Grand Conseil, Thoune*

Non à l'initiative sur le logement

Les délégués du PEV CH et du PEV BE ont dit non à l'initiative «Plus de logements abordables». Ils soutiennent des logements d'utilité publique, mais sans quota rigide. Ils se sont positionnés en faveur du contre-projet du Conseil fédéral et donc de l'augmentation du crédit-cadre du fonds de roulement à 250 mil-

lions de francs. Ce contre-projet est nécessaire et urgent. En effet, il reste régionalement difficile pour certains groupes de population de trouver un logement adapté et financièrement viable. Le fonds est un instrument éprouvé afin de promouvoir les logements d'utilité publique.

PEV CH



Votation du 9 février 2020

	Initiative sur le logement	NON
	Modification du code pénal	NON
	Transfert de Clavaleyres	OUI
	Aire de transit de Wileroltigen	OUI

Infos: www.pev-be.ch et
www.evpev.ch/fr/votations

70 JAHRE ISRAEL
Ist Gott nicht der Herr der Gerechtigkeit?
Ein Buch mit biblischen Offenbarungen im heutigen Geschehen.
Viel Wahrheit kommt an das Licht.
Marc Früh bringt Fakten.
Ein Buch das niemand gleichgültig liess.
CHF 22,-
Euro 20,-
www.editions-elroi.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

MAF
Flying for Life
maf-swiss.org

HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

Groupe du Grand Conseil infatigable

Au cours de la session d'hiver, le groupe PEV s'est engagé en faveur des êtres humains et de l'environnement.

Une motion au titre trompeur «plus de liberté dans l'hôtellerie et la restauration» a été contestée par **Tom Gerber**. Toutes les entreprises d'hôtellerie et de restauration, y compris les bars saisonniers, doivent satisfaire aux mêmes exigences. Sinon, de nouvelles injustices seraient créées, a-t-il fait valoir avec succès.

Les polluants trouvés dans l'eau potable du Seeland avaient alarmé la population. La présidente de groupe, **Christine Schnegg**, a donc, en collaboration avec des membres d'autres partis du Grand Conseil, déposé une motion. Celle-ci a été adoptée à une large majorité.

Hans Kipfer a représenté la position du PEV sur le droit fiscal. Il a exprimé son mécontentement quant au résultat de la

révision de la loi qui entraîne un allègement fiscal excessif pour les entreprises et une perte de revenus pour le canton.

Christine Grogg a demandé une augmentation des classes salariales pour les enseignants du primaire. Le Grand Conseil a accepté sa motion à l'unanimité pour la classer immédiatement dans la mesure où l'augmentation salariale est déjà prévue dans le prochain budget. Grâce à une coopération intensive entre différents groupes, il a été possible d'établir une obligation légale selon laquelle les demandeurs d'asile peuvent, dès lors que cela est possible, terminer leur apprentissage, malgré une décision négative. **Barbara Streit-Stettler** a accompagné ce processus en tant que porte-parole de la minorité de la Commission de la sécurité.

Markus Wenger a plaidé en faveur d'une pratique uniforme pour l'octroi d'autorisation d'antennes 5G au niveau communal. Le postulat correspondant a été

adopté par 68 voix contre 67.

Marc Jost a salué la stratégie d'administration digitale permettant à long terme de traiter électroniquement toutes les affaires avec l'administration cantonale. Il a rappelé que cette stratégie était basée sur une intervention du PEV datant de 2016.

Martin Aeschlimann a attiré l'attention sur le fait qu'il n'est pas aisé pour le Grand Conseil d'évaluer un projet complexe et de grande envergure, tel que l'extension de la faculté de médecine dans le quartier «Insel» estimé à 340 mio. de francs. Il a demandé au gouvernement la mise à disposition d'une matrice facilitant la comparaison.

Melanie Beutler-Hohenberger a, soutenue par la majorité du Grand Conseil, demandé une analyse du paysage hospitalier bernois. Les hôpitaux ne fonctionnant pas selon des principes purement économiques, il est nécessaire d'avoir davantage d'instruments de contrôle et

de coordination des services hospitaliers.

Ruedi Löffel

s'est battu en vain contre l'extension des heures d'ouverture des magasins. Une heure de plus le samedi et quatre ventes dominicales au lieu de deux par an répondraient à un besoin de la clientèle, ont argumenté les défenseurs qui l'ont emporté.



Barbara Streit

Barbara Streit-Stettler
Députée au Grand Conseil, Berne

L'histoire du PEV bernois

En 1919, des chrétiens fondent le Parti Evangélique (PEV). En 1958, il gagne son premier siège au sein du Grand Conseil. En 1967, le PEV du Canton de Berne gagne son premier siège au Conseil national. Aujourd'hui, le parti est devenu une force établie dans le paysage politique du canton. Plus d'infos sur cette histoire de 100 ans:

www.evp-be.ch/fr/parti/histoire

VOTATION CANTONALE DU 9 FEVRIER 2020

Changement de canton

La petite commune bernoise de Clavaleyres (moins de 50 habitants) est enclavée entre les cantons de Fribourg et Vaud. Depuis un certain temps déjà, elle tente de fusionner dans la mesure où le fonctionnement de l'administration n'est pas garanti à long terme.

Après qu'aucune fusion n'ait été possible dans le Canton de Berne, la solution a été trouvée avec la commune de Morat dans le Canton de Fribourg. Les deux communes et les deux parlements cantonaux ont approuvé la fusion. Le Grand Conseil bernois a approuvé le concordat. Toutefois, les changements

de canton doivent également être décidés par la population du canton.

Les délégués du PEV recommandent à l'unanimité

d'approuver ce changement de canton. Une fois que les électeurs auront voté oui, la décision de l'Assemblée fédérale sera encore nécessaire avant que le changement de canton et la fusion des deux communes puissent avoir lieu.



Marc Jost

Marc Jost
Député au Grand Conseil, Thoun

VOTATION CANTONALE DU 9 FEVRIER 2020

Oui à l'aire de transit

Le canton souhaite créer une zone de transit pour les gens du voyage étrangers dans la commune de Wileroltigen. Le PEV soutient ce projet.

Quatre raisons poussent à accepter le crédit de 3,3 millions de francs:

- En 2003, la Cour suprême fédérale a confirmé que des habitats appropriés devraient être mis à la disposition des gens du voyage. Cependant, il y a encore trop peu de places pour ceux-ci.
- Le site de Wileroltigen répond idéalement aux exigences en termes d'emplacement et de taille. Il n'est accessible que par l'autoroute et devrait avoir un niveau de standard simple.
- Cette aire de transit permet à la

police d'avoir de bien meilleures possibilités d'intervention lors de séjour non autorisé sur une propriété privée.

Un renvoi ne peut être exigé que s'il est possible de proposer un autre emplacement.

- S'il y a suffisamment de places officielles, il y aura moins d'occupations illégales de terres et moins de problèmes associés. Le Seeland, en particulier, a connu de nombreux problèmes dans ce domaine.



Markus Wenger

Markus Wenger
Député au Grand Conseil, Spiez